

Magold.
lung
März d. J.
in Sulz

Inspector Ströbele
 über
 stenwahl"
 aben.
 hof aus nachm. 1/2 8
 4, 14 beim Vereins-

Insbvorstand:
 Ritter.

llschaft.
März

Gasthof z. Röhle

wegung."
 Eintritt frei.
 e Magold.

rieder
bung

von 6 Uhr

r Auswahl
lehlt
Zaiser
gold.

de

igen Kunden, es
 sein ist:
 Hof z. Röhle.
 unmittelb. Windmühl,
 iche und Kesselwische

Schillerstr. 17.
 ulung

ebensweg.

and.

er Kunst ::

er und neuer Meister.

Christoph, 2.
 3. von Röhle: Die
 reudenberg: Berche-
 Richter: Ruhe auf
 ordigt, 8. u. Röhle:
 und die Samartische,
 11. Max: Julius
 Christus am Kreuz,
 12. Die: 13. Thoma:
 me: Langens: (Rühr-
 14. Die: Jünger in
 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21.
 22. 23. 24. 25. 26. 27.
 28. 29. 30. 31. 32.

er, Magold.

Standesamts

Magold:
 Rathhaus 19 52 n. 2
 des Nr. 17, 73 3

Verleitet täglich,
 mit Entnahme der
 Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich
 hier 1.10 M., mit Tragere-
 sohn 1.20 M., im Bezugs-
 und 10 km-Bezugs-
 1.30 M., im Abigen,
 Schützenberg 1.85 M.,
 Monatsabonnements
 nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Magold.

Kategorie-Beilage
 i. d. 11. Aufl. Zahl auf
 gedruckt. Schrift oder
 deren Raum bei 1mal.
 Einrichtung 10 g.
 bei mehrmaliger
 entsprechend Rabatt.

Mit dem
 Glaubensbekenntnis,
 3. Aufl. Sonntagsblatt
 und
 Schwab. Landzeit.

N 54 Samstag den 6. März 1909 88. Jahrgang. Fernsprecher Nr. 29.

Politische Uebersicht.

Der Paragraph 15 des Zolltarifgesetzes, der gewisse Güter aus den Nahrungsmittelgruppen für die gewöhnliche Schwem- und Wasserbefahrung der Arbeiter reserviert, soll aufgehoben werden. Es sollen statt dessen sehr Reichhaltige: von etwa 45 bis 50 Millionen jährlich für die Zwecke der Witwen- und Waisensicherung in den Staat gestellt werden. Ein entsprechender Entwurf geht dem Bundesrat demnächst zu. § 15 verbietet seine Entziehung dem Zentrum, das die Zolltarifänderungen für Getreide durch jenes sozialpolitische Komitee annehmbar erscheinen lassen wollte. Dieser Paragraph hat sich jedoch als höchst unglücklich erwiesen. Nicht nur macht er unklare Bestimmungen notwendig und bringt ein Moment der Unsicherheit in den Staat, sondern er hat auch finanziell die ursprünglich gehegten Erwartungen in keiner Weise erfüllt. Seit jährlich 40 bis 45 Millionen sind seit 1906 insgesamt noch kaum 50 Millionen Reich markiert worden, und man kann jetzt schon sagen, daß auf so unbestimmte Einzahlungen sich ein Krieg mit so großen finanziellen Anforderungen, wie es die Witwen- und Waisensicherung sein würde, unter keinen Umständen ausbauen läßt.

Die französischen Royalisten, die unter dem Namen „Cometons du Nord“ seit einiger Zeit allenthalben Standorte errichten, sind dazu übergegangen, rühmlichen Dankes zu treiben. Sie begaben sich am Dienstag nach dem städtischen Saal und versuchten dort das Polizeikommando zu greifen. Die Polizei verhielt sich ruhig und nahm mehrere Verhaftungen vor. In der darauffolgenden Nacht haben sie dann in Paris das Scherker-Rekruten-Kommando beschlagnahmt und mit Farbe beschriftet. — Die Deputiertenkammer hat bei der Weiterberatung des Einkommensteuergesetzes eine Bestimmung angenommen, nach der jedem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen 12000 Franc nicht übersteigt, für jede von ihm zu unterhaltende Person ein Nachlaß von acht Franc gewährt werden soll.

Die Balkankrise.

Oesterreich „unversöhnlich.“ Haltung.
 Die „N. W. Ztg.“ schreibt: Nach der positiven Feststellung, daß Serbien die von allen Mächten gewünschte Befreiung seiner Feindseligkeit und jenes Bruchstückes an territorialen Ansprüchen abgeben hat, beschäftigt sich ein großer Teil der Presse mit der angeblich unversöhnlichen Haltung Oesterreich-Ungarns. Diese soll darin liegen, daß Oesterreich-Ungarn verlangt, über die Angelegenheiten auf wirtschaftlichem Gebiet, die es Serbien gewähren zu können glaubt, direkt mit Serbien zu verhandeln. Diese Forderung ist aber geradezu selbstverständlich. Soll Oesterreich-Ungarn mit der Gesamtheit der Signatarmächte oder mit einer derselben über einen territorialen Handelsvertrag oder über die detaillierten Bestimmungen der selbst oesterreich-ungarischen Eisenbahnanlagen verhandeln. Das wird nicht geschehen, ist so unklar, daß die Forderung, Oesterreich-Ungarn soll bei seinen Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen die Mächte als Mandatäre Serbiens ansehen, von niemand aufgestellt werden sollte, der eine fröhliche und billige Beilegung der bisherigen Streitigkeiten ernstlich wünscht. Um einen Beschluß der Einigungserklärung und Festsetzung Oesterreich-Ungarns kann es sich nicht handeln, da im voraus feststeht, daß ein solcher Beschluß an der Ablehnung der von Deutschland unterhaltenen Doppelmonarchie scheitern würde.

Die Stimmung in Bgrad.

In Belgrad hört man jetzt fast des ständigen Kriegeslärmes der Ruf: „Es wird kein Krieg sein!“ und allgemein herrscht große Freude über die Wendung. Bei dem aber auch temperamentvollen serbischen Volk ist ein derartiger Stimmungswandel auch natürlich und begreiflich, obwohl man hier unter dem Belgrader Publikum ganz ohne Information darüber ist, welche Antwort die serbische Regierung auf die Bitte Rußlands gegeben hat. Auch von der Belgrader Presse wird der Text der Antwort vollständig geheim gehalten. Trotzdem ist man der Meinung, daß die kriegerische Situation überstanden ist. In gut informierten Kreisen weiß man, daß die Regierungserantwort freundlich ist. Serbien will die Angelegenheiten Serbiens den Serben selbst zur Entscheidung überlassen, und somit eine Selbsterhaltung gewinnen, den Rückzug ohne Beilegung der Staatswürde und mit Behinderung innerer Wirren durchzuführen zu können.

Oesterreich in Waffen. Es enthält sich Oesterreich die „Zeit“, daß die Rüstungen Oesterreichs abgeschlossen sind. Oesterreich besitzt über 1968 Feldgeschütze neuer Konstruktion, ferner über 2800 Reichswegewehre und

übertrifft mit diesen 88 in alle Staaten. Die Rüstungen haben bisher 160 Millionen Kronen gekostet, jeder weitere Tag kostet 190000 Kronen.

Die Reichsstaatsreform.
 Berlin, 4. März. Die Finanzkommission des Reichstags nahm in erster Lesung mit 15 Stimmen der Reichspartei gegen 13 Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten den Antrag der Reichspartei betr. die Erhebung einer B. sich nur von den Bundesstaaten an.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. März.
Postetat und Fernsprechtarifordnung.
 Zur zweiten Lesung des Postetats liegen vier Resolutionen der Budgetkommission vor. Sie fordern eine Beschleunigung des Zugangs zur höheren und mittleren Postbeamtenlaufbahn, sowie eine andere Anstellung der Postämter I. II. und III. Klasse, die weitere Übertragung der Arbeiten mittlerer Beamten, an gehobene Unterbeamten und Postfach der Bergämtern an die Einzelkosten für die Beschäftigung der Telegraphenstellen. Mit dem Postetat wird zugleich die neue Fernsprechtarifordnung zur Beratung gestellt.

Am Tische des Bundesrats. Kreuze, Zwele.
 Bericht hat er 189. Bei Heilberg (n.)
 Richter (3.): Es sind noch immer viele Äußerungen bei der Veranlassung abzuwarten. Es handelt sich hier einfach um einen Geschäftsbetrieb. Richter geht auf den gleichzeitig mit zur Beratung gestellten Entwurf einer neuen Fernsprechtarifordnung ein und wendet sich gegen die hauptsächlich von Berlin angebrachte Revision gegen diesen Entwurf. Es empfiehlt sich die Beratung an die Budgetkommission, weil hier bedeutende finanzielle Fragen zur Entscheidung kommen.

Staatssekretär Kräfte: Die Reichspostverwaltung habe allerdings einen großen Geschäftsbetrieb. Sie habe aber auch, wie der Bericht der Kommission wissen, als Inhaber von Staatsmonopolen große Verpflichtungen gegen die Allgemeinheit. Nur einige Worte zum Fernsprech-Gebühren Entwurf. Der Reichstag selbst habe einen besseren Ausgleich zwischen Stadt und Land gewünscht. Die Regierung habe in dieser Richtung gehandelt: Handelsrat, Landwirtschaftsrat, Postbeamtenrat usw. Die Majorität, die ja nicht übermäßig groß war, habe dem Entwurf zugestimmt. Im Allgemeinen trete jedenfalls eine Verbilligung für die ein, die wenig sprechen und das Einzelne liegt darin, daß die Reichspost, die viel spricht, etwas mehr bezahle. In der Kommission würden sich hauptsächlich die Interessen verteidigen lassen und es würden sich wahrscheinlich die Belange der einen bekämpfen und die anderen weitergehenden Wünsche der anderen einschleusen lassen.

Berlin, 4. März.

Am Tische des Bundesrats: Kräfte.

Postetat und Fernsprechtarifordnung.
 Dr. Dröbner (son.): Die Postverwaltung ist nicht nur ein Geschäftsbetrieb, der möglichst viel Lebenskräfte abzurufen soll, sie ist auch ein Staatsbetrieb, der den allgemeinen Interessen dienen soll. Sparmaßnahme ist notwendig, aber die Qualität unserer Postleistungen und der Beamten darf härter nicht leiden. Eine Revision der Gebühren kann ins Auge gefaßt werden. Nachnahmsleistungen und Postanfertige können verteuert, Postanfertiger über 600 M. müssen aber verbilligt werden. Der II. Tag bei der postlagernden Befreiung muß beibehalten werden. Wir denken dem Staatssekretär, daß er seine Volk zu dem besten Verkehrsleistung der ganzen Welt gemacht hat. Wir hoffen, daß er noch lange zum Segen des Verkehrs und seiner Beamten wirken wird. (Beifall rechts).

Singer (son): Wir denken anders über den Staatssekretär als der Bericht. Er hat den schlimmsten Posttarifentwurf vorgelegt, den es gibt und die Bedürfnisse des Verkehrs vernachlässigt. Auf 5 Beamte kommt immer eine Aufsichtsperson. Die Postfreiheit der Fürsten muß endlich abgeschafft werden. Die Herren denken nicht, um Entschärfung und Abhilfe vorzuziehen in die ganze Welt zu schicken. Auch der Gebauer der neuen Postämter Hugo Ebbard hat Berichtigungen an die Presse über seinen Vorposten als leitende Angelegenheit berichtet. In Kiel war man so kritisch und unerschrocken, sich nach der Abkündigung der Beamten bei den Kommunalwahlen zu erklaren. Die neue Fernsprechtarifordnung ist ein echter Kräfte. Wieder eine Preiserhöhung für die Agrarier.
 Staatssekretär Kräfte: Der Kern der ganzen Sache

ist der, daß diejenigen, die hohe Ansprüche an den Verkehr stellen, auch mehr bezahlen sollen. Eurgisch weist ich die Behauptung zurück, als ob es sich um eine Preiserhöhung, um eine Bevorzugung des platten Landes handle. Das ist durchaus nicht der Fall. Gerade die städtischen Fernsprechtarifnehmer haben von der Vorlage großen Vorteil. Man hält mir immer die anderen Länder als Muster vor, aber die so viel gekünstelten Engländer und Amerikaner machen es genau so, wie wir es in unserer Vorlage tun wollen. Amerika kann man uns nicht als Vorbild hinstellen. Dort kostet ein Gespräch 16—33 g. Wir wollen uns mit der neuen Ordnung eine verständlichere Verteilung der Gebühren auf alle Teilnehmer. Der Richter, die durch die Presse ging, daß ich die Gespräche verringern wolle, ist ganz unrichtig. Ich muß mich doch schon aus Geschäftserwägungen freuen. Ich habe die Zahl der Gespräche vermindert. Aber wenn viel gebogen wird, so muß auch dafür bezahlt werden. (Sehr richtig! rechts.) Fortwährend verlangt man von mir, daß ich mehr für die Beamten tue, die Arbeitszeit verringere, mehr Urlaub gewähre usw. Wodurch soll ich denn das Geld dazu nehmen, wenn ich noch die Gebühren verringern soll? (Sehr richtig! rechts.) Die Beamten gegen die Kultur Verwaltung sind unerschrocken. Als dort in der Presse über die geringe Wahlbeteiligung der Beamten geredet wurde, ließ der Postdirektor nur feststellen, wer gewählt hatte, weil er fürchtete, daß vielleicht von einigen Beamten dem Beamten Schwärzertellen bei der Kandidatur der Wahl gemacht worden wären. Bei der Postfreiheit der Bundesämter handelt es sich nicht um Vorteile für diese, sondern um ihnen gesetzlich zustehende Rechte, nicht um materielle Vorteile usw. sollen postfrei nicht beschützt werden. Wenn trotzdem ein Beamter mal einen Fehler in dieser Hinsicht macht, dann ist das menschlich. Die Zahl der Aufsichtspersonale ist durchaus nicht zu groß, auf 75 Beamte kommt etwa eine Aufsichtsperson. Die Regierung der Dienststunden bleibt den einzelnen Postdirektionen überlassen, die dabei nach dem Bedürfnis verfahren. (Beifall.)

Dr. Heilberg (al.) erklärt, bei der Post sei viel Licht und wenig Schatten. Die Klagen über zu große Vermehrung des Beamtenpersonals erscheinen unbegründet. Die im Etat vorgeschlagenen Stellenvermehrungen für Unterbeamte seien berechtigt. Seine Partei werde deshalb beantragen, einige der von der Budgetkommission getrichteten Stellen wieder herzustellen. Wo gepart werden könne, solle natürlich auch gepart werden. Bei diesen Berichtigungen sei vielleicht Sparmaßnahme möglich.

Doormann (fr. Sp.): Mit dem größten Teil meiner Freunde kann ich die Meinung nicht teilen, daß die Tendenz dieser Gebühren-Vorlage eine fiskalische sei. Auch den zweiten Eingetragenen Vorwurf kann ich nicht teilen, daß die Vorlage agrarisch ist. Der Grundbesitzer von Leistung und Gegenleistung kann hier natürlich nicht allein stehen. Auch beim Posten ist doch auch von Leistung und Gegenleistung nicht der Rede. Die wirtschaftliche Konjunktur ist jetzt jedenfalls bereit für Handel und Wandel, daß wenig die Vorlage im gegenwärtigen Augenblick nicht für zu schmerzhaft gehalten wird. Tatsächlich bringt sie unter Umständen nur Vorteile. Keine Freunde werden deshalb in der Kommission versuchen, die größten Schwächen zu beschreiben.

Schmidt-Kleinberg (Rp.) entnimmt dem Bericht der Debatte, daß mit Ausnahme kaum der Sozialdemokraten alle Parteien mit den Grundgeden der Reform einverstanden sind. Die Veränderungen von Satz 10 sind einverstanden sein.
 28. Verhandlung Freitag 2 Uhr. Einbruch nach 6 1/2 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Waffengebrauch der Landjäger. Ueber die vielumstrittene Frage des Waffenbesitzes der Landjäger und anderer öffentlicher Diener ist dem Präsidium der ersten Kammer jetzt ein neuer Gesetzentwurf vorgegangen. Die Angelegenheit hat die Städte bekanntlich schon wiederholt beschäftigt, ohne daß eine Uebereinstimmung zwischen beiden Kammern erzielt werden konnte. Zwischen den beiden Kammern wurde eine Einigung über den im Jahre 1900 bereits vorgelegten, im Jahre 1903 wieder eingebrachten Justizministerentwurf erzielt, bis auf die Frage, inwieweit der Landjäger, von dem Fall der Kolonie und des Waidhundes abgesehen, von der Schutzwehr gegenüber den Niederden Gebrauch zu machen befugt sein soll. Am 22. Februar 1906 ging der ersten Kammer ein neuer Gesetzentwurf über den Gegenstand zu, der aber nicht mehr zur Beschließung gelangte.

Calw, 3. März. In unserer gestrigen kurzen Mitteilung über eine am Mittwoch hier stattgehabte II. konstituierende Versammlung des Gemeindefortschrittsvereins für den Bezirk Calw und deren Beratung über das in Rücksicht genommene Unternehmen der Erbauung einer Wasserkraftanlage bei Station Teinach für eine elektrische Heberlandzentrale wird dem E. W. noch folgendes mitgeteilt: Der Verhandlung wohnte in informativster Weise Reg.-Präsident von Hofmann der R. Kreisregierung Reutlingen mit Ratrat Burger an; außerdem waren zugegen Reg.-Rat Boelter, welcher die Verhandlung leitete, die Bezirksvorstände von Nagold, Reutlingen und Beutberg, sowie Bezirksinspektor Dr. Reuthe an der R. Zentralfelle für Gewerbe und Handel. In technischer Beziehung war Oberbaumeister v. Leibbrand mit Reg.-Baumeister Selger, Bauinspektor Schaal-Stuttgarter und konstituierender Ingenieur Wahlström von Stuttgart vertreten. Die Zahl der Gemeindefortschrittsmitglieder betrug 87, Oberbaumeister von Leibbrand, unter dessen bewährter Leitung das Wasserbauprojekt ausgearbeitet wurde, erläuterte seine Berechnungen, aus welchen hervorzusehen ist, daß bei einem Gesamtaufwand von 775 000 M. einschl. der Grunderwerbungen die Größe der Pflanzfläche bei 12-13 m Gefälle im Regimium 963 PS., im Jahresmittel 518 PS., und bei gemitteltem Abfluss 276 PS. und absolutem Abfluss 140 PS. betrage; derselbe legte die Bauwürdigkeit der Anlage dar und empfahl die Annahme des Projekts. Sodann führte Ingenieur Wahlström das Programm seines Projekts mit der Rentabilitätsberechnung über das ganze Unternehmen aus, woraus zu entnehmen war, daß seinen Berechnungen der Beitritt von 87 Gemeinden, mit 47 000 Einwohnern, wovon 2095 Teilnehmer mit ca. 8766 St. Lampen, 393 Straßenlampen und 916 angemeldeten Motoren zu Grunde liegen. Die Kosten für die Zentrale und der Heberlandzentrale hat er berechnet zu 1 817 458 M. die Einnahmen berechnete er nach 2 Tarifstufen zu 1 419 776 M. bzw. zu 1 405 660 M. Herr Wahlström vertrat in überzeugender Weise seine Rentabilitätsberechnung zu begründen und empfahl gleichfalls die Ausführung. Längere Debatten führten zu dem mit großer Stimmenmehrheit gefassten Beschlusse, das Unternehmen zur Ausführung zu bringen, den elektrischen Teil des Projekts auch einem unparteiischen Sachverständigen prüfen zu lassen und sodann das Weiterempfehlen. Oberbaumeister von Leibbrand ist für zu beschaffender Beschaffung und Regierungsrat Ritter von Nagold hob die großen wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Unternehmens und auch das Bedürfnis dieser im Schwarzwalde hervor, nicht nur für landwirtschaftliche Betriebe sondern auch für die bessere Entwicklung der Industrie. Zum Vorstehen des Verbandes wurde Stadtschultheiß Müller in Reutlingen gewählt, dem ein engerer Ausschuss bestehend aus den Herren Schultheiß Reiff in Simmobach, Schultheiß Hartmann in Reutlingen, Stadtschultheiß Krauß in Heilbronn und Schultheiß Hermann in Schönbach beigegeben ist. Möge die nun in sicherer Aussicht stehende Ausführung des Unternehmens noch manche solcher gaudernden Einwohner der beteiligten Gemeinden zur Anmeldung veranlassen und dadurch das gewiß volkswirtschaftliche Unternehmen weiter fördern und ausbauen.

Stuttgart, 4. März. Als Vertreter des Königs-paares nimmt Herzog Robert von Württemberg an der Exerzieren in Sigmaringen teil, als Vertreter des kaiserlichen Kaisers der Erzherzog Franz Salvator.

Stuttgart, 5. März. Eine von der hiesigen Friedensgesellschaft, ebensolche gut besuchte Versammlung hat nach Beschlüssen des Oberleitnants Graue aus Reiff und des Bankiers Hauswieser (Stuttgart) eine Resolution gefaßt, die die Reichstagsabgeordneten ersucht, der geplanten Finanzreform nicht zuzustimmen, sondern die Regierung aufzufordern, die notwendige Baßensveränderung durch eine internationale Abrechnungsreform in die Wege zu leiten.

Stuttgart, 4. März. Ing. Junkermann hält nächste Woche wieder humoristisch-dramatische Fiktion Vorträge. Für den ersten Vortrag am Montag den 8.,

abends 8 Uhr im Bürgerhaus hat er interessante Kapitel aus Strouss, Franzosen und Rassen im Hinblick zusammengefaßt.

Stuttgart, 6. März. Zum Vorbe an der Eugenie Raff. Man wird sich erinnern, daß vor kurzem eine Meldung durch die Blätter ging, wonach sich beim Kaiser ein Mann freiwillig als Richter der Eugenie Raff, der Empfangsbeweis beim Photographen Kleiber in Cassel, bezeugt hatte. Die Zweifel, die damals gegenüber dieser Angabe erhoben worden sind, haben ihre Bestätigung gefunden. Der Mann ist jetzt aus der Haft entlassen worden, da die Untersuchung ergeben, daß es sich bei seinen Angaben um eine absichtliche Selbstbeschuldigung gehandelt hat.

r. Ulm, 5. Dez. Die vorgestrige Mitgliederversammlung der hiesigen jungen Volkspartei erklärte sich einstimmig dafür, Redakteur Dr. Körner als Delegierten zur Hildesheimer Landesversammlung der württembergischen jungen Volkspartei zu entsenden. Dr. Körner lehnte mit Rücksicht auf möglicherweise eintretende Komplikationen innerhalb der Partei vor der Bundtagswahl diese als Vertretungsbefugnis aufzufassen Wahl ab.

Freiburg, 5. März. Mit der Fällung des Beschlusses wird voraussichtlich am Montag begonnen werden. Morgen früh werden 7 Waggons Wasserleitgas, die schon einige Tage im Hafen liegen, nach der Reichsbahnstation in Rastatt befördert werden. Ein Knistreg wird bei gütlicher Witterung am Dienstag oder Mittwoch stattfinden. Das Draußenboot Gas unterliegt täglich die Windströmungen in den oberen Luftschichten, damit die Meteorologen auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen die Witterungsverhältnisse voraussagen können.

Deutsches Reich.

Von der oberen Donau, 3. März. Die in Rembrich besitzliche Interoffizierschule soll noch im Laufe dieses Jahres nach Sigmaringen verlegt werden. Hohenzollern erhält dadurch eine weite Garnison; bislang ist nämlich die Burg Hohenzollern mit einer Kompanie des Königlich-Infanterieregiments besetzt.

Pforzheim. Ueber die Lage des Pforzheimer Arbeitsmarktes berichtet der „Gen.-R.“: Der Februar 1909 zeigt gegenüber dem Vormonat, wie übrigens auch in früheren Jahren, eine wesentliche Verschlechterung. Die Beschäftigung der Arbeitslosen ist hauptsächlich auf den kaum beschäftigten in der Goldwaren-Industrie zurückzuführen. In vielen Betrieben wird mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Durch die unglückliche Witterung und den anhaltenden Frost können die Arbeiten im Baugewerbe immer noch nicht aufgenommen werden, weshalb z. B. eine große Arbeitslosigkeit bei den Maurern, Erdarbeitern und Tagelöhnern besteht. Wie im Januar, so konnten auch im Februar durch das Ueberangebot von Arbeitskräften in fast allen Berufen nahezu alle Stellen sofort besetzt werden. Mangel an Dienstmädchen, Köchinnen, Näherinnen u. dergl. herrscht auch heute noch in Pforzheim. Im Monat Februar d. J. haben sich wiederum 52 arbeitslose Goldarbeiter und 83 arbeitslose Handwerker und ungelernete Arbeiter bei dem Städt. Arbeitsamt gemeldet, wovon 102 Personen bei dem Städt. Tiefbauamt als Hilfsarbeiter eingestellt wurden. Die Ueberzahl über die Tätigkeit des Städt. Arbeitsamts im Monat Februar 1909 ergibt, daß die Zahl der verlangten Arbeitskräfte (einschl. Bediensteter und Lehrlinge) 1212, die Zahl der Arbeitslosen 1722 und die Zahl der vermittelten Personen (einschl. 36 Bediensteter und 20 Lehrlinge) 941 beträgt.

Von der bayerischen Grenze, 5. März. Die Karnevalszeitungen schmerzen im diesem Jahre Bech zu haben. In Reppin ist ein ähnlicher Fall vorgekommen, wie der in Ulm. Dort hat Stadtdirektor Wolfshelmer gegen den Herausgeber der Reppiner Karnevalszeitung, den Blatgeschäftsinhaber Michael Herberg, wegen schwerer Beleidigung Klage gestellt.

Gerichtssaal.

Das Kriegsgericht der 25. Großh. Hess. Division hatte 4 Darmschädelkugeln wegen militärischen Auftrages zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie eines

Sonntag abends in der Kaserne auf den wiederholten Befehl des Unteroffiziers vom Dienst das Licht nicht gelöscht sondern ihr Kartenspiel fortgesetzt hatten. 5 weitere Dragoon derselben Stube waren wegen Ungehorsams zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahr verurteilt worden. Auf die Verurteilung des Gerichtsherrn und der Angeklagten hin hob das Oberkriegsgericht des 18. Armee-korps in Frankfurt a. M. dieses Urteil auf und verurteilte die Angeklagten wegen Beharrens im Ungehorsam zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 1 Jahr.

Ausland.

London, 4. März. Im Unterhause teilte der erste Lord der Admiraltät Lord Kenna mit, daß die Marine-Berichtsbüro am 6. März veröffentlicht wurden.

Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

7. Stuttgart, 2. März. Schlachtwirtschaft.

Ochsen		Schafschlachtgewicht	
Zugochsen:	88	14	230
Verkauf:	86	10	198
		198	887
		887	628

Ochsen		Schafschlachtgewicht	
von	78	Röhe	von 87 bis 87
Bullen	87	Rinder	87
	84		90
	80		85
	77		79
	74		72
			70
			64

Verkauf des Marktes: Rinder lebhaft, sonst mäßig beliebt.

Berzeichnis der Märkte in der Umgegend.

Calw:	10. März	Rinder, Schaf- u. Schweinemarkt.
Reutlingen:	10. "	und Fleckmarkt.
Reutlingen:	11. "	Schaf- und Fleckmarkt.
Waldenbuch:	11. "	Schaf-, Rind- u. Fleckmarkt.

Wichtigste Todesfälle.

Wilhelm Braun, Rastatt; Sophie Seithe, 70 J., Freiburg; Helene Roth, 84 J., Ulm.

Sparsame Frauen stricken nur Sternwolle.



Orangeflecken, Blauflecken, Rotflecken, Violettflecken, Grünflecken, Braunflecken

Sternwolle!

Das ist die einzige Sternwolle, die in Deutschland hergestellt wird. Sie ist die beste und billigste. Sie ist die einzige, die in Deutschland hergestellt wird. Sie ist die beste und billigste.

Knorr's Hahn-Maccaroni

libertreffende alle deutschen und fremden Fabrikate durch saubere Herstellung und appetitliches Trockenverfahren, welche hohen Wohlgeschmack und schönsten Aussehen gewährleisten.

Jedes Paket enthält 1 Gutschein für Knorr-Sos.

Dieses das Institut Sonntagblatt Nr. 10 und den Schwäbischen Landwirt Nr. 5.

Druck und Verlag der G. W. Kaiser'schen Buchdruckerei (Paul Jaffer) Nagold. - Für die Redaktion verantwortlich: R. Voss.

Holzverkauf.

Am Donnerstag d. 11. März vorm. 10 Uhr kommen weiter noch zum Verkauf im „grünen Baum“ in Altensteig aus Staatswald Rommelsch Abteilungen Herberöder: 5 Eichen mit zusammen 1,32 Fw.; 1 Nadelholz Später I; 1 Eiche, 19 Nadelholz; 212 Nm. Nadelholz; 1 Los Schlagraum

Buchenbeigholzverkauf.

Der erstmals am 10. Febr. abg. abgeschriebene Buchenbeigholzverkauf findet nunmehr am **Mittwoch, den 10. März, vorm. 10 Uhr,** in der Schwanz in Pflanzgartenweller Kott.

Unerreicht in Feinheit des Aromas, Ausgiebigkeit und Billigkeit ist **MAGGI's Würze.**

Am nächsten **Wittwoch, 10. März** bringe ich **6 Stück** schöne raffige **Farren** auf den Markt in Calw in das Gasth. z. Hirsch. Wölle, Echterdingen.

Neul = Wilhelm Leibl = Neul

14 Blikter nach Noten des Reichers in Empfehlung v. Professor J. T. Giesert. Zu haben bei G. W. Kaiser.

Für den Haushalt

wird Kathreiners Malzlatte täglich von immer größerer Bedeutung: — Er ist wohlschmeckend, gesund und doch billig! — Aber Vorsicht beim Einkauf! Verlangen Sie ausdrücklich Kathreiners Malzlatte. Machen Sie einen Versuch mit dem beliebten 10 Pfg.-Paket, ausreichend für etwa 20 Tassen.

Konfirmations
 Linte
 18-20
 Best
 jeber
 kellen
 hält auf Lager
 M
 bringe ich
 vierzigem
 von 9, 4, 1
 bis 2 m 5
 Lager
 Schwa
 Tannh
 kauf
 je
 Offerte
 Konfi
 Gesa
 M
 Bar
 Trü
 Wannen in reich
 Ne
 in Hochstam

